

## Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Nach dem Abklingen der Haussetendenzen im Herbst 1951 entwickelt sich die österreichische Wirtschaft an der Jahreswende 1951/52 bemerkenswert ruhig. Preise, Umsätze, Produktion und Beschäftigung folgen im allgemeinen dem normalen Saisonverlauf und lassen zunächst – unbeschadet der wiederholt dargelegten längerfristigen Aspekte – weder expansive noch kontraktive Einflüsse erkennen.

Die Preissenkungsaktion der gewerblichen Wirtschaft und das Zurückhalten der Gewerkschaften mit Lohnforderungen sicherten der österreichischen Wirtschaft auch im Dezember relativ stabile *Preise* und *Löhne*. Wohl sind von Mitte November bis Mitte Dezember die Indizes der Großhandelspreise und der Lebenshaltungskosten (nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema) um 5,4% (auf 843% von 1938) und 3,9% (707%) gestiegen. Die Erhöhung ist jedoch teilweise fiktiv (Neuregelung der amtlichen Fleischpreise, die unter den tatsächlich gezahlten Marktpreisen lagen) und teilweise saisonbedingt (Verteuerung von Eiern). Nach Weihnachten ist saisongemäß mit einem Rückgang der Lebenshaltungskosten zu rechnen.

Die Konsumgüternachfrage blieb weiterhin relativ niedrig. Im November hat der *Einzelhandel* um 9% weniger umgesetzt als im Oktober. Vor Weihnachten hat sich wohl der Geschäftsgang im Einzelhandel erwartungsgemäß stärker belebt. Die Mengenumsätze vom Dezember 1950 dürften jedoch im allgemeinen nicht erreicht worden sein.

Der weitere Erfolg der Stabilisierungsbemühungen hängt weitgehend von der Geldpolitik ab. Trotz den jüngsten währungspolitischen Maßnahmen ist das *Geldvolumen* im November noch um 305 Mill. S gestiegen, hauptsächlich wegen der Ausweitung der Kommerzkredite um 266 Mill. S. Die Zunahme des Notenumlaufes im Dezember um 173 Mill. S deutet auf eine weitere Expansion hin. Diese Entwicklung ist an sich noch nicht bedenklich, da mit dem Nachlassen der Preisauftriebstendenzen sicherlich auch die bisher spekulativ übersteigerte Umlaufgeschwindigkeit

des Geldes zurückgeht. Zahlreiche latente Auftriebskräfte (siehe „Ausblick“ S. 610) legen es indes nahe, den Druck auf die Preise von der Währungsseite her so weit zu verstärken, als dies ohne Gefährdung eines hohen Produktions- und Beschäftigungsvolumens möglich ist. Jedenfalls aber sollte das Geldvolumen im Jahre 1952 nicht stärker als das verfügbare Güter- und Leistungsvolumen ausgeweitet werden.

Wie nach der übersteigerten Baukonjunktur in den Sommermonaten und den im ganzen gesehen unzureichenden organisatorischen und finanziellen Vorbereitungen für das Winterbauen erwartet werden mußte, setzte die Winterarbeitslosigkeit im Dezember mit ziemlicher Stärke ein. Nachdem bereits im November die Zahl der *Arbeitslosen* um 20.900 zugenommen hatte, stieg sie im Dezember um weitere 59.300. Die Zahl der *Beschäftigten* ging in beiden Monaten um 19.400 und 73.700 zurück. Ende Dezember 1951 waren indessen noch immer 45.100 Personen mehr beschäftigt und um 31.800 weniger arbeitslos als an der Jahreswende 1950/51.

In der *Industrieproduktion* dürfte der Saisonrückschlag, abgesehen von einigen saisonempfindlichen Zweigen (wie z. B. der Baustoffindustrie) nur gering sein. Im Oktober – weitere Gesamtdaten liegen noch nicht vor – wurden 180,3% von 1937 produziert, um 5,2% mehr als im September. Ein relativ hohes Produktionsniveau ist in den Wintermonaten nicht zuletzt deshalb zu erwarten, weil die Industrie dank reichlichen Niederschlägen im November und einer relativ hohen Kohleneinfuhr ausreichend mit Kohle und Strom versorgt werden kann.

Die *Ausfuhr* stieg im November um 20,9 Mill. S auf 846,1 Mill. S, blieb aber volumenmäßig mit 102% von 1937 noch immer beträchtlich unter dem Durchschnitt der ersten drei Quartale 1951 (111%). Die *Gesamteinfuhr* (einschließlich ERP) erhöhte sich um 46 Mill. S auf 1.265 Mill. S und erreichte nahezu den bisherigen Höchstwert vom Juni 1951.

**Währung, Geld- und Kapitalmarkt**

*Dazu statistische Übersichten S. 633-634*

Das seit Oktober wirksame neue Kreditabkommen hat bis Ende November die Entwicklung des Kredit- und Geldvolumens nur wenig beeinflusst. Das *zirkulierende Geldvolumen*<sup>1)</sup> ist zwar im November etwas weniger – um 305 Mill. S auf 17.364 Mill. S – gestiegen als im Oktober (Zunahme 396 Mill. S); diese geringe Verlangsamung ist aber ausschließlich einem sehr hohen Einzahlungsberschu auf den Counterpartkonten zu verdanken. Die Ausweitung des Geldvolumens beschränkte sich im November saisongem (Weihnachtssonderzahlungen für Arbeitnehmer, erhöhter Konsumgterumsatz vor Weihnachten) auf den *Banknotenumlauf*, der um 553 Mill. S (auf 7.859 Mill. S) stieg. Das Giralgeld nahm hingegen um 228 Mill. S ab (die freien Nationalbankguthaben öffentlicher Stellen um 217 Mill. S, die Scheckeinlagen bei den Kreditinstituten um 11 Mill. S).

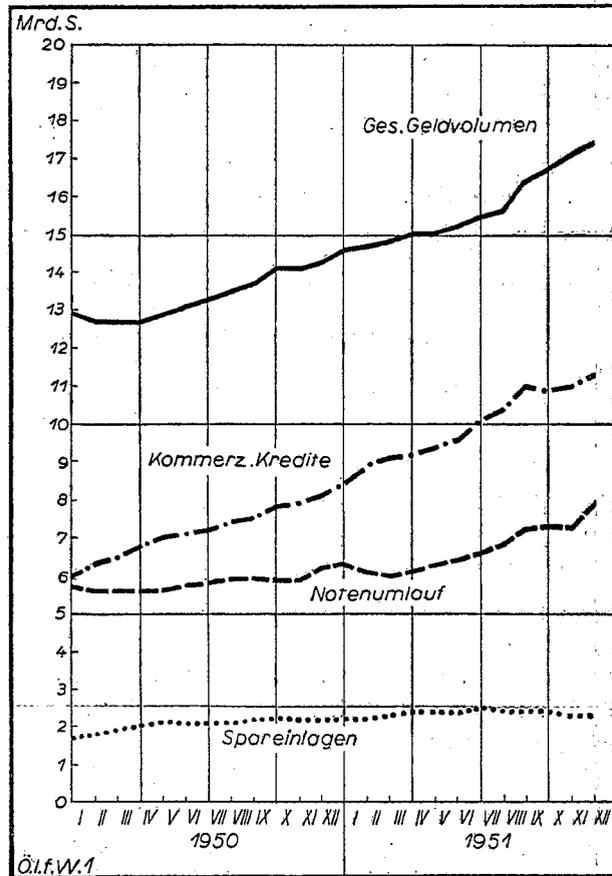
Die *Kreditexpansion* – wie immer seit der Währungsreform der entscheidende expansive Faktor – hat sich im November verstärkt. Sie betrug 409 Mill. S gegen 366 Mill. S im Oktober und 315 Mill. S im September. Nur 143 Mill. S des Novemberzuwachses waren Aufbaukredite, 266 Mill. S hingegen Kommerzkredite. Offenbar wurde der erhöhte Bargeldbedarf der Wirtschaft für Weihnachtsremunerationen vorwiegend durch zusätzliche Bankkredite gedeckt und nur zum geringen Teil aus den bestehenden Scheckkonten finanziert (die Scheckeinlagen bei den Kreditinstituten gingen nur um 11 Mill. S zurück). Auffallend ist, daß gerade die Kommerzkredite, die Gegenstand der vereinbarten Beschränkung sein sollten, in den letzten Monaten einen wachsenden Anteil an der Kreditexpansion hatten. Während die Kommerzkredite im September sogar um 105 Mill. S abgenommen hatten, stiegen sie im Oktober um 134 Mill. S und im November um 266 Mill. S<sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Banknotenumlauf plus freie Giroguthaben bei der Nationalbank plus Scheckeinlagen bei den Kreditinstituten – beide ohne Guthaben von Kreditinstituten.

<sup>2)</sup> Die Statistik über die monatlichen Veränderungen der Kommerzkredite gibt allerdings ein etwas verzerrtes Bild, da auch die Vorfinanzierung von Aufbaukrediten als Kommerzkredite ausgewiesen wird. So ist z. B. der Rückgang des Volumens der kommerziellen Kredite im September ausschließlich darauf zurückzuführen, daß vorfinanzierte Aufbaukredite durch Counterpartfreigaben gedeckt wurden. (Umbuchungen von Kommerzkrediten auf Aufbaukredite.) Die monatliche Zunahme kommerzieller Kredite ergibt sich in den Monaten Oktober und November aber auch dann, wenn man die Vorfinanzierung von Aufbaukrediten ausschaltet.

Nachdem die Notenbank im Oktober ihr Eskontoportefeuille (ohne Aufbauwechsel) um 91 Mill. S gesenkt hatte, dehnte sie im November den *Notenbankkredit* wieder kräftig aus. Insgesamt übernahm sie von den Kreditinstituten 289 Mill. S Handelswechsel, 205 Mill. S Aufbauwechsel, 87 Mill. S Besatzungskostenschatzscheine und 10 Mill. S Liquiditatssttzungsschatzscheine. Da die Kreditinstitute außerdem von ihren freien Nationalbankgiroguthaben 50 Mill. S abhoben, flossen ihnen im November 641 Mill. S Notenbankgeld zu, wovon sie bei praktisch unverändertem Einlagenstand nur 409 Mill. S für zusätzliche Kredite verwendeten. Der Rest dürfte von den Kreditinstituten vorwiegend als Kassenreserve zurückbehalten worden sein, um die saisonmäßigen hohen Bargeldumsatze reibungslos finanzieren zu können.

**Zur Entwicklung des Kredit- und des Geldvolumens<sup>1)</sup> in den Jahren 1950 und 1951**  
(Normaler Maßstab; in Mrd. Schilling)



<sup>1)</sup> Nach angelsächsischer Methode.  
Das gesamte Geldvolumen ist seit Ende 1949 um 4,5 Mrd. S oder 35% gestiegen. Diese starke Zunahme – das reale Sozialprodukt hat sich im gleichen Zeitraum nur um 16% erhöht – ist vorwiegend auf die Ausweitung der nicht durch Counterparteingange gedeckten Kommerzkredite zurückzuführen, die nur zu einem geringen Teil aus dem bestehenden Geldvolumen (Spareinlagen, Anleihen) finanziert wurden.

Außer durch die Kreditexpansion wurde das zirkulierende Geldvolumen im November noch durch die Zunahme des im Notenbankausweis aufscheinenden *Devisen- und Valutenbestandes* um 48 Mill. S (auf 450,7 Mill. S) ausgeweitet.

Restriktiv wirkte hingegen die Geldbewegung auf den Counterpartkonten und eine geringe Zunahme der Sparkonten. Auf zeitlich gesperrte Konten öffentlicher Stellen bei der Notenbank einlaufende *ERP-Counterpartbeträge* ließen diese Ausweispost um 359 Mill. S steigen. Gleichzeitig wurden 13 Mill. S aus dem Counterpartkonto abgezogen und, da sie für ERP-Industrieraufbaukredite bestimmt sind, zunächst von der Post „Forderung an den Bundeschatz“ abgebucht. Die Spareinlagen stiegen im November erstmalig seit Juli wieder um 5 Mill. S, obwohl sie gewöhnlich vor Weihnachten abnehmen.

Wie bereits im letzten Monatsbericht erwähnt wurde, hat die Nationalbank mit Wirkung vom 6. Dezember die Bankrate von 3,5 auf 5% erhöht. Dadurch verteuern sich die normalen Kommerzkredite der Banken um 1,5% auf 9,5 bis 10% (einschließlich Provisionen und Spesen). Ausgenommen von der Erhöhung ist der Eskontsatz für Aufbauwechsel (ERP-Kredite für die Industrie) und sonstige über Sonderfonds (ERP-Sonderwiederaufbauprogramm) gegebene ERP-Kredite (z. B. für die Landwirtschaft, den Fremdenverkehr usw.). Damit hat sich die Zinsstruktur in Österreich noch mehr zugunsten der langfristigen Investitionskredite verschoben<sup>1)</sup> — ein Umstand, welcher der spezifischen Knappheit an langfristigem Kapital kaum Rechnung trägt.

Im Zusammenhang mit der Bankratenerhöhung haben die Kreditinstitute mit Wirkung vom 1. Jänner 1952 auch ihre Habenzinssätze erhöht. Die neuen Zinssätze sind nach der Bindung gestaffelt. Für Spareinlagen ohne zeitliche Bindung werden 3,5%, bei 6monatiger Bindung 4% und bei 12monatiger Bindung 4,5% p. a. gezahlt. Monatlich können ohne Kündigung von Sparbüchern 5.000 S abgehoben werden (anstatt bisher 3.000 S). Einlagen in laufender Rechnung — die in der österreichischen Einlagenstatistik ohne Rücksicht auf ihre Bindung als Scheckeinlagen bezeichnet werden — sollen als täglich fälliges Geld mit 1%, bei 3monatiger Bindung mit 3,5%,

<sup>1)</sup> Der Zinsfuß für die 100jährigen Wohnhauswiederaufbaufondskredite steht (mit 1% p. a.) am einen Ende der Zinsskala, dann folgen Energieausbaukredite, Kredite an die Landwirtschaft, Fremdenverkehrskredite, Industrieraufbaukredite, Exportfondskredite, Rohstoffkredite. Am anderen Ende der Skala steht der normale kurzfristige Bankkredit (Kontokorrentkredit) mit 7% p. a. (einschließlich Spesen 9,5% bis 10%).

bei 6monatiger Bindung mit 4% und bei 12monatiger Bindung mit 4,5% p. a. verzinst werden. Bisher betrug die Verzinsung von Spareinlagen einheitlich 2% und die von Einlagen in laufender Rechnung 0,75% (Genossenschaften 0,25% mehr).

Die Erhöhung der Habenzinsen soll das Einlagensparen anregen. Wie die neue Zinsstaffelung erkennen läßt, sind die Kreditinstitute insbesondere bemüht, langfristige Mittel zur Gewährung langfristiger Kredite zu erhalten, um stärker als bisher den praktisch fehlenden Kapitalmarkt ersetzen zu können. Die Neuregelung hat die den Kreditinstituten zufallende Spanne zwischen Soll- und Habenzinsen erhöht und dürfte damit ihre Rentabilität verbessern. Zwar wurde die Sollzinserrhöhung bei Spareinlagen voll weitergegeben, während die Zinsen für die — aber wohl nur einen kleinen Teil der Spareinlagen ausmachenden — Spareinlagen mit Terminbindung sogar stärker erhöht werden. Die Spareinlagen betragen jedoch nur rund 20% der Gesamteinlagen. Der überwiegende Teil der Scheckeinlagen ist täglich fälliges Geld, für das der Habenzins nur um 0,25% auf 1% erhöht wurde, während der Sollzins der darauf aufgebauten Kredite 7% beträgt (bisherige Spanne 0,75% : 5,5%).

Die *Aktienkurse* sind weiter gestiegen — ein Zeichen, daß die Erwartung sinkender Preise noch keineswegs allgemein ist. Der *Kursindex von 36 Industrieaktien* stieg um 3,8% (von 420,8 auf 436,7; März 1938 = 100) und liegt damit um 78,5% über dem Stand zu Jahresbeginn 1951 (Mitte Dezember 1950: 244,7). Wie gewöhnlich waren auch in der Berichtsperiode die steigenden Aktienkurse von sinkenden Kursen festverzinslicher Werte begleitet. Der *Kursindex festverzinslicher Werte* ging von Mitte November bis Mitte Dezember um 1,7% (von 90,1 auf 88,6; März 1945 = 100) zurück<sup>2)</sup>. Eine Ausnahme bildeten nur die *Aufbauanleihe* und die *Bundesschuldverschreibungen 1947*. Aufbauanleihe notierte unverändert mit 87 S per 100 S Nominale, während der Kurs der Bundesschuldverschreibungen 1947 um 5,1% (von 44,50 auf 46,75 S per 100 S Nominale) anzog und damit bereits um 14,2% über dem Stand von Mitte Oktober 1951 liegt. Ursache der Kursverbesserung sind das Herannahen eines Vermögensabgabetermins (Jänner 1952) und die Ankündigung kursstützender Maßnahmen (insbesondere Verkürzung der Zeit, in der Bundesschuldverschreibungen zur Abstattung der Vermögens- und der Vermögenszuwachsabgabe verwendet werden können und zum vollen Nennwert angerechnet werden).

<sup>2)</sup> Es ist wenig wahrscheinlich, daß der Kursrückgang bei festverzinslichen Werten eine Kapitalmarktreaktion auf die Bankratenerhöhung darstellt.

## Preise und Löhne

Dazu statistische Übersichten S. 635-637

In der Berichtsperiode (Mitte November bis Mitte Dezember) wurde die *Preissenkungsaktion* der gewerblichen Wirtschaft fortgesetzt; sie brachte bei einer Reihe von weiteren Warengruppen Preisreduktionen um 3 bis 5%. Sie wurde auch im Dezember durch die Entwicklung der Nachfrage unterstützt.

Dennoch sind die verfügbaren Preisindizes auch von Mitte November bis Mitte Dezember weiter gestiegen, hauptsächlich weil die offiziellen Fleischpreise ab 24. November erhöht und damit den seit Monaten tatsächlich bezahlten (echten) Fleischpreisen genähert — aber noch nicht angeglichen — wurden. Da Fleisch seit Monaten nicht mehr zu offiziellen Preisen erhältlich war, ist die auf der Adjustierung der offiziellen Fleischpreise beruhende Steigerung der Indizes von November auf Dezember rein fiktiv. Gegenüber der Zeit vor dem 5. Preis-Lohn-Abkommen, als offizielle und echte Preise praktisch übereinstimmten, spiegeln hingegen die neuen Indexzahlen die Verteuerung richtiger wider als bisher.

Der *Großhandelspreisindex* des Statistischen Zentralamtes erreichte Mitte Dezember 843 gegenüber 800 Mitte November (März 1938 = 100). Die Fleischpreiserhöhung sowie die Verteuerung von Kaffee, Hafer und Mais ließen den Teilindex für Nahrungs- und Genußmittel von 689 auf 759 steigen, während der Industriestoffpreisindex, in welchem weltmarktbedingte Preisrückgänge bei Wolle, Kautschuk, Zinn und polnischer Steinkohle (Frachtermäßigung) Preiserhöhungen bei Baumwolle sowie bei Ziegeln<sup>1)</sup> überkompensierten, leicht rückläufig war (von 1.001 auf 995). Die Bemühungen, Holz zu verbilligen, haben bisher die im Index erfaßten Holzpreise nicht beeinflußt. Auch die Preissenkungen auf dem Eisen- und Stahlsektor wirken sich im Großhandelspreisindex nicht aus, weil sie nur Randgebiete der Produktion betreffen und die im Index erfaßten Hauptprodukte (Stabeisen und Grobbleche) nicht berühren<sup>2)</sup>.

Der *Baukostenindex* (Baumeisterarbeiten, Wohnungsbau in Wien) ist im IV. Quartal 1951 um 2'80% auf 842 (1937 = 100; S = S) bzw. auf 894 (1945 = 100; RM = S) gestiegen. Die Steigerung bezieht sich auf einen rückwirkend korrigierten Septemberindex von 819 bzw. 870<sup>3)</sup>. Der Teilindex für Baustoffe stieg im

<sup>1)</sup> Winterzuschlag 5 S per 100 Stück Mauerziegel, 10 S per 100 Stück Dachfalzziegel.

<sup>2)</sup> Sie sind außerdem nicht allgemein, sondern kommen nur bestimmten Weiterverarbeitern zugute.

<sup>3)</sup> Rückwirkende Korrektur bei den Betoneisenpreisen und beim Zuschlag auf die Preissumme der Baustoffe. Der Preis für Betoneisen wurde geändert, weil infolge Verknappungen

IV. Quartal um 3'30%, wobei Preiserhöhungen<sup>4)</sup> bei Ziegeln (Winterzuschlag), Gipsplatten, Dachpappe und Dolomitsand die Preissenkungen bei Zement, Gips und Kanalrohren überwogen. Der Teilindex für Arbeit erhöhte sich durch den Mehraufwand für die neue Wohnungsbeihilfe um 2%. Der Baukostenindex überschreitet den Stand zu Jahresbeginn (Ende Dezember 1950) um 41% und den Index vor Ausbruch der Koreakrise (Juni 1950) um 55%.

Der *Lebenshaltungskostenindex* des Institutes (nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema für eine vierköpfige Arbeiterfamilie in Wien) ist im Dezember um 3'90% gestiegen (von 680'4 auf 706'8; März 1938 = 100). Ohne die Erhöhung der offiziellen Fleischpreise, die — wie erwähnt — beim Vergleich der Indexzahlen von Mitte November und Mitte Dezember außer acht gelassen werden muß, ergibt sich nur eine Steigerung um 0'70%. Die Fleischpreiserhöhung fällt jedoch ins Gewicht, wenn man die Lebenshaltungskostenerhöhung seit Juni 1951 (unmittelbar vor Abschluß des 5. Preis-Lohn-Abkommens) und der Zeit vorher mißt. Der Index gibt die Verteuerung der Lebenshaltung seit Juni 1951 mit 27'30% an. Sie dürfte — wiewohl die Struktur des heutigen Verbrauches noch immer von der im Index angenommenen abweicht — annähernd den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen<sup>5)</sup>.

Von den einzelnen im Lebenshaltungskostenindex enthaltenen Preisen stiegen von Mitte November bis Mitte Dezember die für Fleisch (die im Index erfaßte Sorte Schweinefleisch um 31'80%, Speckfliz um 35'30%), Eier (saisonbedingt um 6'70%), Hülsenfrüchte (Erbsen um 9'30%) und Kaffee (wegen Importschwierigkeiten um 40%) und Reis und Äpfel verbilligten sich um 6'70%, Kohle um 1'80% (Frachtermäßigung bei polnischer Kohle). Die Preissenkungsaktion beeinflußte den Index der Lebenshaltungskosten nur wenig, weil den von ihr verbilligten Indexwaren (Wassergläser um 3%, Schulhefte um 5%, Schulmappen um 3% und Zeichenblätter um 3%) nur geringes Gewicht zukommt.

andere Sorten herangezogen werden müssen; der Zuschlag (für Transportkosten, Zentralregie und Gewinn) stieg infolge der Erhöhung der Umsatzsteuer von 25'70% auf 28%.

<sup>4)</sup> Preiserhöhungen per Saldo im IV. Quartal, wobei anfänglichen Preiserhöhungen durchaus spätere Preissenkungen (Preissenkungsaktion) gegenüberstehen können, die aber nicht ausreichen, die vorherigen Erhöhungen ganz wettzumachen.

<sup>5)</sup> Wurde die unmittelbare Auswirkung des 5. Preis-Lohn-Abkommens im Index unterschätzt, weil gerade die damals verteuerten Waren (hauptsächlich Getreideprodukte) im Verhältnis zum heutigen Verbrauch „untergewichtet“ erschienen, so übertreibt der Index nun die Auswirkung der Fleischpreiserhöhung, da der Fleischkonsum im Index für die Gegenwart noch zu hoch angesetzt ist.

Auf den *reagiblen Märkten* machen sich die Stabilisierungsbestrebungen bemerkbar. Die Nachfrage nach den typischen Wertaufbewahrungsmitteln Gold, Silber und Perserteppichen ging leicht zurück und ließ die freien Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum um 1'20/0, 4'20/0 und 6'00/0 sinken. Der Gesamtindex der Versteigerungspreise fiel von Mitte November auf Mitte Dezember erstmalig seit Juli wieder um 1'60/0. Die ebenfalls seit Ende Juni ununterbrochene Steigerung der „schwarzen“ Devisenkurse hat im November aufgehört.

Die kollektivvertraglichen Löhne haben sich nach den bisher vorliegenden Daten im Dezember nicht geändert, so daß der *Arbeiternettotariflohnindex* (für Verheiratete mit 2 Kindern in Industrie und Gewerbe in Wien, einschließlich Kinderbeihilfen) nach wie vor 723'8 (April 1945 = 100) lautet. Die Weisungen des Gewerkschaftsbundes, gegenwärtig keine Lohnforderungen zu stellen und die Preisstabilisierungsbestrebungen zu unterstützen, werden im allgemeinen befolgt. Nur die Ziegelarbeiter haben ihren Kollektivvertrag gekündigt.

## Ernährung

Dazu statistische Übersichten S. 638

Der erhöhte Feiertagsbedarf konnte bei den meisten Nahrungsmitteln ausreichend gedeckt werden. Nur die Versorgung mit *Milch* und *Molkereiprodukten* war ungenügend, da die Milchanlieferung vor allem im Dezember übersaisonnmäßig abgenommen hat. Die erfaßte Marktleistung sank von 74.296 t im Oktober auf 61.824 t im November, die Anlieferungen von Vollmilch nach Wien von durchschnittlich 41.892 hl je Woche im Oktober auf 40.834 hl im November und 37.883 hl im Dezember<sup>1)</sup>. Dieser Rückgang war besonders fühlbar, weil die Versorgung schon seit Februar 1951 schlechter war als im Vorjahr, die Nachfrage jedoch eher gewachsen ist. Im November war die Marktleistung von Milch um 2'40/0, die Anlieferungen nach Wien um 20/0 und im Dezember um 50/0 geringer als im Jahre 1950.

Da laut Beschluß des Milchwirtschaftsfonds die Versorgung mit Frischmilch den Vorrang vor jeder anderen Verwertung hatte<sup>2)</sup>, nahm das Trinkmilch-

<sup>1)</sup> Von Oktober auf November sank die Marktleistung im Jahre 1949 um 14'50/0, im Jahre 1950 um 16'50/0, im Jahre 1951 um 16'80/0. Die wöchentlichen Milchanlieferungen nach Wien nahmen im Jahre 1950 von Oktober auf November um 2'50/0 und im Dezember um weitere 4'30/0 ab, im Jahre 1951 um 2'50/0 und 7'20/0.

<sup>2)</sup> Es wurde angeordnet, vor allem die Erzeugung von Dauermilchprodukten (Trocken- und Kondensmilch) ganz ein-

angebot relativ wenig ab. In Wien wurden zunächst 900/0, später 850/0 des durchschnittlichen Normalbedarfs ausgegeben. Um eine gleichmäßige Verteilung zu sichern, wurde in den größeren Konsumzentren der Bezug wieder rayoniert.

Obwohl die Käseerzeugung zugunsten der Trinkmilchversorgung stark eingeschränkt wurde, konnte der Bedarf dank verstärkten Importen, Drosselung der Exporte<sup>3)</sup> und aus Lagerbeständen weitgehend gedeckt werden. Die Preise der Importware lagen allerdings z. T. beträchtlich über den amtlichen Höchstpreisen.

Ganz ungenügend war dagegen die Butterversorgung. In Wien und in einzelnen Bundesländern konnte vielfach nur die Hälfte der letzten Rationen ausgegeben werden. Um die Butterknappheit wenigstens vor den Feiertagen etwas zu mildern, hat man die Erzeugung von Rahm und Schlagobers vorübergehend eingestellt und den Fettgehalt der Konsummilch (bei gleichzeitiger Verbilligung) in allen größeren Konsumzentren ab 12. Dezember von 30/0 auf 2'50/0 herabgesetzt. Außerdem bemühte man sich um größere Importe, die allerdings nicht im erforderlichen Umfang und zur rechten Zeit realisiert werden konnten<sup>4)</sup>. Obwohl man kurz vor den Feiertagen auch die für die nächsten Wochen bestimmten Vorräte teilweise angriff, reichte das Angebot bei weitem nicht aus. Zum amtlichen Höchstpreis war Butter

### Zufuhren nach Wien<sup>1)</sup>

A r t	Einheit	X.	1950	1951			
			XI.	XII.	X.	XI.	XII. <sup>2)</sup>
Wochendurchschnitte							
Schweine <sup>3)</sup> .....	Stück	8.543	9.614	10.523	3.910	4.910	10.378
Rinder <sup>3)</sup> .....	Stück	1.629	1.541	1.340	1.866	1.892	1.437
Kälber <sup>3)</sup> .....	Stück	3.065	3.627	3.459	2.079	2.852	2.871
Fleisch <sup>4)</sup> .....	q	1.175	1.411	1.296	902	1.468	1.519
Vollmilch.....	b'	42.570	41.486	39.710	41.892	40.834	37.883
Obst <sup>5)</sup> .....	q	17.322	12.253	7.187	11.423	7.241	9.127
Gemüse <sup>6)</sup> .....	q	14.781	10.378	9.061	14.505	9.742	9.106
Kartoffeln.....	q	18.630	11.557	6.857	17.584	12.634	9.815

<sup>1)</sup> Nach den Berichten des Marktamtes der Stadt Wien. — <sup>2)</sup> Anlieferungen auf den Zentralviehmarkt, in die Kontumazanlage sowie Außermarktverkehr und Zufuhren in die Großmarkthalle, sofern sie nicht bereits auf dem Zentralviehmarkt erfaßt wurden. — <sup>3)</sup> Auftrieb auf dem Zentralviehmarkt und Außermarktverkehr. — <sup>4)</sup> Zufuhren von Rind-, Kalb-, Schweinefleisch, Würsten und Selchwaren in die Großmarkthalle, sofern sie nicht bereits auf dem Zentralviehmarkt erfaßt wurden. — <sup>5)</sup> Einschließlich Agrumen. — <sup>6)</sup> Einschließlich Zwiebel, Pilze, Knoblauch. — <sup>7)</sup> Vorläufige Zahlen.

zustellen und die von Käse, Topfen, Rahm und Schlagobers stark zu drosseln. Als Rentabilitätsausgleich gewährt man den Käseereien für jeden Liter gelieferte Frischmilch eine Subvention von 6 Groschen.

<sup>3)</sup> Im Oktober und November wurden insgesamt 1.251 q Käse ein- und nur 1 q ausgeführt gegenüber 401 q und 3.448 q in der gleichen Zeit 1950.

<sup>4)</sup> Im Oktober und November wurden nur durchschnittlich 307 q Butter im Monat eingeführt, gegenüber 732 q im Durchschnitt der ersten neun Monate.

daher kaum erhältlich, während der freie Marktpreis bis auf 50 S je kg (vereinzelte sogar darüber) stieg.

Dank den wachsenden inländischen Lieferungen und den erhöhten Einfuhren von Schweinen ist das *Fleischangebot* in Wien seit Mitte November sprunghaft gestiegen und erreichte im Dezember wieder den Vorjahresstand. Obwohl sämtliche Beschränkungen im Fleischverkauf vom 21. Dezember 1951 bis 1. Jänner 1952 aufgehoben wurden, konnte die Nachfrage, die wegen der hohen Preise wohl etwas geringer war als im Vorjahr, leicht gedeckt werden. Für die nächste Zeit ist – sofern die Importe nicht aufhören – mit einer anhaltend günstigen Versorgung und einer weiteren Annäherung der Marktpreise für Schlachtschweine an die amtlichen Höchstpreise<sup>1)</sup> zu rechnen. Die Verbraucherpreise dürften jedoch zunächst kaum sinken, da die Höchstpreise im Detailverkauf im allgemeinen nicht überschritten wurden.

Die Zufuhren von *Seefisch* nach Wien, die bis Oktober meist viel höher waren als im Vorjahr, sanken seither wieder darunter. Da die Importe nicht gekürzt wurden<sup>2)</sup>, handelt es sich offenbar nur um eine zeitliche und vielleicht auch regionale Verschiebung der Lieferungen. Trotzdem konnte die Nachfrage, die mit der besseren Fleischversorgung relativ abgenommen hat, ausreichend gedeckt werden, zumal da sich auch die Zufuhren von Süßwasserfischen insbesondere dank gesteigerten Inlandslieferungen wieder gebessert haben.

Infolge höherer Frachtkosten und Neuberechnung der Spannen haben sich Seefische im Oktober z. T. abermals etwas verteuert (um 6%). Dennoch sind die Preise immer noch relativ niedrig. (Mitte Dezember lagen die Preisindizes der einzelnen Arten zwischen 500 und 690; Dezember 1937 = 100.)

Die Einfuhr von Äpfeln aus Italien (insgesamt 2.000 t) hat den *Obstmarkt* merklich entspannt. Entgegen der Saisonbewegung nahmen die Zufuhren nach Wien im Dezember zu und übertrafen wieder den Vorjahresstand (um 27%). Da kein Zoll entrichtet

<sup>1)</sup> Bereits Anfang Dezember wurde das „Aufgeld“ im Durchschnitt um 1 S je kg ermäßigt. Der Preisdruck von den Importen, die teilweise um 2 S je kg billiger als inländische Ware (Höchstpreise) sind, wird allerdings durch den Preisausgleich sehr geschwächt.

<sup>2)</sup> In den letzten Monaten wurden im Durchschnitt für Importe von Seefischen 350.000 bis 400.000 S freigegeben, womit etwa 1.200 t gekauft wurden. Im 2. Halbjahr 1950 führte man demgegenüber nur durchschnittlich 800 t Seefische im Monat ein. (Der Durchschnitt wird allerdings durch die Monate Juli und August stark gedrückt.)

werden mußte<sup>3)</sup>, waren die Importäpfel z. T. billiger als die Inlandsware. Die Äpfelpreise, die sonst im Dezember in der Regel anziehen, gaben daher diesmal sogar etwas nach. Die bessere Versorgung mit Äpfeln drückte auch die Preise anderer Obstarten oder verhinderte zumindest ihr Steigen.

Ähnliche Wirkungen hatten auch die *Kartoffelimporte* aus Holland. Von den ursprünglich genehmigten 10.000 t wurden zwar nur 4.000 t beansprucht, die z. T. in die Bundesländer abdisponiert wurden. Da jedoch auch die Anlieferungen aus dem Inland weniger als saisonmäßig abnahmen, sind die Kartoffelpreise in Wien in letzter Zeit etwas gefallen. Auch gegenüber dem Vorjahr sind die Preise nur wenig gestiegen. (Ende Dezember waren die Kartoffelpreise je nach Sorte um 20 bis 40% höher als vor einem Jahr; der Index der Nahrungsmittelpreise stieg in der gleichen Zeit um 39%.)

Die weitgehende Drosselung der Kompensationsgeschäfte und die Notwendigkeit die Importe einzuschränken, hat vor allem die Einfuhr minderwertiger Nahrungsmittel sehr erschwert. So wurden z. B. im Jahre 1951 viel weniger *Rosinen, Mandeln, Haselnüsse* und *Walnüsse* eingeführt als im Vorjahr oder in der Vorkriegszeit. Da sich außerdem die Importpreise teilweise erhöht haben, verteuerten sich diese Waren vor den Feiertagen stärker als die meisten übrigen importierten Nahrungs- und Genußmittel. Mitte Dezember waren die Preise um 25 bis 60% höher als im Vorjahr; der Preisindex (Dezember 1937 = 100) lag zwischen 800 (Mandeln) und 1.400 (Haselnüsse)<sup>4)</sup>.

#### Einfuhr und Preise einiger Nahrungs- und Genußmittel

Warenart	1937	Einfuhr <sup>2)</sup>		Verbraucherpreise <sup>3)</sup>	
		1950	1951 (I.-III. Qu.)	Dezember 1951 in % von Dez. 1950	Dez. 1937
		g			
Rosinen.....	36.662	45.186	14.187	163'5	1.036'6
Mandeln.....	5.250	4.984	3.308	122'9	767'9
Haselnüsse...	12.142	10.850	3.758	130'9 <sup>3)</sup>	1.432'4 <sup>3)</sup>
Walnüsse.....	35.812	10.736	3.842	135'3 <sup>3)</sup>	1.333'3 <sup>3)</sup>
Kakaobohnen	54.932	50.039	45.327	111'5 <sup>4)</sup>	861'4 <sup>4)</sup>
Tee.....	3.422	3.643	2.639	107'4	425'0

<sup>1)</sup> Nach Angaben des Statistischen Zentralamtes. — <sup>2)</sup> Nach den Wochenberichten des Marktamtes der Stadt Wien. Berechnet aus dem Durchschnitt zwischen oberster und unterster Preisgrenze. Preisangaben für Monatsmitte. — <sup>3)</sup> Ausgelöste Ware. — <sup>4)</sup> Kakaopulver.

<sup>3)</sup> Die Verzollung (1'40 S je kg) wurde dadurch umgangen, daß die Ware lose eingeführt wurde. Ihre Qualität hat dadurch kaum gelitten.

<sup>4)</sup> Die Verbraucherpreise für Tee, Kakao, deren Einfuhr kaum eingeschränkt wurde, waren Mitte Dezember nur um durchschnittlich 10% höher als vor einem Jahr. Die Preisindizes dieser Waren lagen bei 400 und 900 (Dez. 1937 = 100). (Wieweit Qualitätsunterschiede die durchschnittlichen Preise beeinflussen, ist allerdings schwer festzustellen.)

Um den Unternehmern die Verrechnung und den Konsumenten den Einkauf zu erleichtern, werden ab Jänner 1952 die Lebensmittelkarten und die Zuteilungen der rationierten Nahrungsmittel auf Kalendermonate abgestellt. Außerdem kommt es bei der derzeitigen Versorgungslage nicht mehr auf gleiche Tagesrationen an. Im allgemeinen wurden die bisherigen Rationen für die vierwöchige Zuteilungsperiode auf Kalendermonate umgerechnet; nur die Zuckerration der Mütter wurde dank der relativ günstigen Zuckerversorgungslage etwas stärker aufgerundet<sup>1)</sup>.

Da sich die Versorgung mit Schmalz kaum gebessert hat, wurde die Bewirtschaftung von Importschmalz zunächst bis Ende Juni 1952 verlängert. Gleichzeitig wurde, um eine gleichmäßige Verteilung zu sichern, auch bei Schmalz die Rückverrechnung der Marken wieder eingeführt.

### Land- und Forstwirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 638

Dank ausreichenden Niederschlägen und mildem Wetter im November und Dezember konnten Hackfrüchternte und Bodenbearbeitung überall rechtzeitig abgeschlossen werden. Die Herbstsaaten liefen zwar stellenweise ungleichmäßig auf, erholten sich aber noch und kamen gut in den Winter.

Bis 30. November wurden 159.521 t Brotgetreide, davon 96.912 t Weizen und 62.609 t Roggen auf den Markt gebracht, gegen 155.424 t (91.711 t, 63.713 t) bis Ende November 1950 und etwa 200.000 bis 210.000 t (davon 87.421 t Roggen) bis 4. Dezember 1949<sup>2)</sup>. Es hat z. Zt. nicht den Anschein, als ob die Landwirtschaft im laufenden Wirtschaftsjahr ebenso viel Brotgetreide dem Markt zuführen würde wie im Jahre 1949/50 (rund 300.000 t). Wahrscheinlich wird nur die Marktleistung von 1950/51 erreicht oder geringfügig übertroffen werden. Das würde aber eine Mehreinfuhr von 100.000 t Brotgetreide gegenüber dem ursprünglichen Einfuhrplan notwendig machen.

Wohl wird versucht, das Angebot von Weizen und Roggen noch dadurch zu steigern, daß für 50% der zwischen 1. November 1951 und 1. März 1952 abgelieferten Brotgetreidemengen verbilligte auslän-

<sup>1)</sup> Auf die Mutterkarte sollen jährlich 80 dkg, auf die Karte der Normalverbraucher 16 dkg mehr Zucker als früher ausgegeben werden.

<sup>2)</sup> Im Wirtschaftsjahr 1949/50 waren außer Pflichtlieferungen zu niedrigen Festpreisen noch Weizenverkäufe zu höheren freien Preisen möglich (Marktspaltung mit freien Spitzen). Auf dem freien Markt wurden bis 30. Juni 1950 annähernd 70.000 t Weizen umgesetzt, bis 4. Dezember 1949 schätzungsweise etwa 45.000 t.

### Ablieferung von Brotgetreide<sup>1)</sup>

Art	Ablieferungsstand am				
	4. XII. 1949	30. VI. 1950	30. XI. 1950 in Tonnen	30. VI. 1951	30. XI. 1951
Weizen .....	72.339	98.000	91.711	120.000	96.912
Roggen .....	87.421	135.000	63.713	100.000	62.609
Brotgetreide ..	159.760	233.000	155.424	220.000	159.521

<sup>1)</sup> Nach den Angaben des Getreidewirtschaftsverbandes und Getreideausgleichsfonds: bis 30. VI. 1950 ist nur die im Rahmen des Kontingents gelieferte Menge ausgewiesen, nachher die gesamte Marktleistung.

dische Futtermittel (Mais und Milocorn) zugeteilt werden. Der Erfolg dieser Maßnahme dürfte jedoch kaum groß sein. Vor allem wurde die Aktion zu spät gestartet, da die Getreidevorräte auf den Schüttdöden bereits stark gelichtet sind; nur die Spätdruschgebiete haben noch größere Vorräte. Außerdem prämiert sie auch die Säumigen und verärgert jene Landwirte, die ihr Brotgetreide schon vorher ablieferten, ohne dafür verbilligte Futtermittel erhalten zu haben<sup>3)</sup>.

Gleichzeitig wird die Futtermittelquote für Schweine, die ab 1. Jänner 1952 auf öffentlichen Märkten oder marktähnlichen Einrichtungen verkauft werden und über 95 kg (lebend) und 80 kg (gestochen) schwer sind, von 300 auf 200 kg gesenkt. Dadurch soll eine Reserve geschaffen werden, um verbilligte Futtermittel auch an Saatgutproduzenten<sup>4)</sup>, an Schweine-, Geflügel- und Fischzuchtbetriebe und an die Kleintierhalter abgeben zu können. Das leidige Problem der Verteilung subventionierter ausländischer Futtermittel ist deswegen so schwierig zu lösen, weil die Fehlmenge an Kraftfutter außerordentlich groß ist, bisher praktisch keine Vorräte angelegt wurden und die Importe unregelmäßig eintreffen und unzureichend sind<sup>5)</sup>.

Die Aussichten auf eine Steigerung der Produktion und Marktleistung an Milch und Milchprodukten im Jahre 1952 sind ungünstig. Abgesehen vom offenen Futtermittelproblem wird auch die Maul- und Klauenseuche die Leistung der Kühe drücken, um so mehr als die Seuche in Österreich voraussichtlich gerade dann am stärksten auftreten wird, wenn der größte Teil der Kühe neumelk ist. (Erfahrungsgemäß ist eine im ersten Laktationsstadium herabgeminderte Milchleistung auch durch intensive Fütterung später nicht mehr aufzuholen.) Die Beschaffung des notwendigen Impfstoffes ist unter diesem Gesichtspunkt volkswirtschaftlich besonders wichtig.

<sup>3)</sup> Wie verlautet, sollen diese nachträglich 25 kg Mais je 100 kg abgeliefertes Brotgetreide erhalten.

<sup>4)</sup> Schon im Herbst 1951 wurde zu wenig Saatroggen angeboten, weil die Preise für freies Futtergetreide teilweise über den fixierten Preisen für hochwertiges Saatgut lagen und verbilligte Futtermittel nicht zugeteilt wurden.

<sup>5)</sup> Siehe auch den Aufsatz „Mehr Futtermittel durch verstärkten Hackfruchtbau“ in diesem Heft.

In den ersten neun Monaten 1951 wurden 6'63 Mill. *fm* *Derbholz* geschlägert gegen 6'61 Mill. *fm* in der Vergleichszeit des Vorjahres. Für den Verkauf sind 4'94 Mill. *fm* (4'98 Mill. *fm* im Jahre 1950), für den Eigenbedarf der Waldbesitzer 1'69 Mill. *fm* (1'64 Mill. *fm*) bestimmt. Nach der Einschlagstatistik würde dem Markte im Jahre 1952 um 20% weniger Nutzholz, dagegen um 70% mehr Brennholz zur Verfügung stehen. Das tatsächliche Angebot muß jedoch mit den laufenden Schlägerungen nicht übereinstimmen, da Brennholz teilweise aussortiert und als Faserholz verwertet wird. Außerdem spielen auch noch die Lagerbestände eine Rolle. Da sie ziemlich groß sind, werden die Umsätze an Schnittholz im Jahre 1952 kaum zurückgehen. Dagegen wurde die Erzeugung von *Gerbrinde* stark eingeschränkt; sie erreichte nur 65% von 1950.

Nicht in allen Bundesländern wurde gleich viel Holz wie im Jahre 1950 eingeschlagen; im Burgenland (+ 73%), in Vorarlberg (+ 40%), Wien (+ 39%), Tirol (+ 13%) und in Salzburg (+ 5%) wurde z. T. erheblich mehr genutzt, in Kärnten (- 5%) und in der Steiermark (- 10%) weniger. Die Ursachen dieser Verschiebungen sind z. Zt. noch nicht genau feststellbar. Sie könnten z. T. auf ungenaue Statistiken zurückzuführen sein: Da während eines Kalenderjahres laufend geschlägert wird, beruhen die Quartalsmeldungen über die geschlagenen Holz-mengen zumeist nur auf groben Schätzungen, die zudem oft — besonders beim Kleinwaldbesitz — wenig zuverlässig sind; erst nach der Inventur am Ende eines Wirtschaftsjahres sind die Angaben genauer. Es wäre aber auch möglich, daß der teilweise erheblich höhere Rohholzpreis in den westlichen Bundesländern und die intensivere Holz Ausfuhr nach Westeuropa und Deutschland die Waldbesitzer zu größeren Schlägerungen veranlaßt haben. Umgekehrt ist im Jahre 1950 die Holz Ausfuhr nach Italien und Triest zurückgegangen, wovon Kärnten und Steiermark stärker betroffen waren. Im Burgenland wiederum stehen große Waldflächen unter nichtösterreichischer Verwaltung.

Seit August ist die *Holz Ausfuhr* niedriger als in den ersten sieben Monaten. Die Exporterlöse gingen nicht im gleichen Maße zurück, weil die Ausfuhr von Fertigwaren (Holzhäusern, Kisten und Obststeigen) gestiegen ist. Insgesamt dürften im Kalenderjahre 1951 2'35 Mill. *m*<sup>3</sup> Nadelschnittholz und 0'10 Mill. *m*<sup>3</sup> Holzhäuser und Kisten bzw. Obststeigen exportiert worden sein, gegen 2'22, 1'18 und 0'46 Mill. *m*<sup>3</sup> (0'07, 0'08, 0'07 Mill. *m*<sup>3</sup>) in den Jahren 1950, 1949 und 1948 und 1'44 Mill. *m*<sup>3</sup> (0'01 Mill. *m*<sup>3</sup>) im Jahre 1937. Auch Laubschnittholz und Faserplatten wurden

mehr als im Jahre 1950 ausgeführt, Grubenholz dagegen weniger.

### Ausfuhr von Holz und Holzwaren<sup>1)</sup>

Zeit	Nadelschnitt-holz	Holzhäuser <sup>2)</sup>	Kisten und Obststeigen	Laubschnitt-holz	Grubenholz	Hartplatten	Isolierplatten <sup>3)</sup>
Ø 1950 .....	185'2	3'3	2'8	1'3	7'9	25'2	167'8
1951 Ø I.—VII. ...	212'3	1'5	1'9	3'8	5'6	28'1	286'5
VIII. ...	193'3	3'7	6'7	5'3	4'9	26'4	130'9
IX. ...	149'2	10'9	5'0	2'4	2'1	19'8	230'1
X. ...	159'3	3'5	6'4	1'8	3'1	3'4	209'9
XI. ...	161'9	.	5'4	1'8	5'1	1'2	130'8

<sup>1)</sup> Angaben des Bundesholzwirtschaftsrates. — <sup>2)</sup> Holzhäuser und andere Bauobjekte. — <sup>3)</sup> Holzfaserbau- und Isolierplatten.

In den letzten Monaten zogen die *Rohholzpreise* trotz rückläufiger Holz Ausfuhr bei leicht steigenden Exportpreisen stark an. Sie waren Mitte November durchschnittlich um 30% höher als im Sommer dieses Jahres. Der Preisaufrieb ging in erster Linie auf eine übersteigerte Nachfrage der Sägen, des Handels, der Holzverarbeitenden und der Papierindustrie zurück, die sich mit größeren Rohholz-mengen einzudecken suchten, teils, weil sie eine Verknappung der Rohstoffbasis durch die wiederholt angekündigte Drosselung des Holzeinschlages befürchteten, teils, um wertbeständige Sachgüter anzulegen. Da die steigenden Rundholzpreise den Erfolg der Preissenkungsaktion in weiten Wirtschaftsbereichen gefährden, kamen die Vertreter des Waldbesitzes und der Holzverbraucher Ende November privat überein, die Spitzenpreise je nach Bundesland um 8 bis 15% zu senken, die von ihnen vereinbarten Höchstpreise nicht zu überschreiten und Holzversteigerungen, ausgenommen in Auwäldern, zu unterlassen.

### Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 639—640

Die Energieversorgung hat sich im November stark entspannt. Die Kohleneinfuhren blieben nur wenig hinter den Rekordmengen vom Oktober zurück; die Stromversorgung wurde durch das milde und niederschlagsreiche Novemberwetter gefördert. Da die Kohlenvorräte der Dampfkraftwerke im November wieder vergrößert werden konnten, dürfte aller Voraussicht nach der Anschluß an das Frühjahr ohne größere Schwierigkeiten erreicht werden. Nur extreme Kälteeinbrüche oder größere technische Störungen könnten die Stromversorgung noch gefährden.

Die Struktur der österreichischen *Kohleneinfuhr* ist seit einem halben Jahr durch den hohen Anteil der Importe aus den USA gekennzeichnet. Allein von August bis November kamen 668.500 t Steinkohle aus den USA nach Österreich, das sind 40'5% der ge-

samten Steinkohleneinfuhr in diesem Zeitraum. Ohne die Einfuhr aus den USA wäre in diesem Winter eine schwere Brennstoffkrise ausgebrochen, da die Importe aus den traditionellen Lieferländern, besonders aus Deutschland, weiter zurückgegangen sind.

Im November wurden insgesamt 559.000 t Kohle (Steinkohlenbasis) nach Österreich eingeführt, um 30.000 t weniger als im Oktober, aber noch immer um 30% mehr als in irgend einem Monat des Jahres 1951. Von den 473.000 t Steinkohle kamen 40% aus den USA, 27% aus Deutschland, 26% aus Polen und der Rest aus der ČSR, dem Saargebiet und aus Bulgarien. Braunkohle, insgesamt 118.500 t, wurde ebenso wie Koks zu gleichen Teilen aus Deutschland und der ČSR und in kleineren Mengen aus Ungarn und Jugoslawien bezogen. Im November lieferte erstmals die UdSSR 1.400 t Koks.

Auch die *inländische Kohlenförderung* war im November trotz der geringeren Zahl von Arbeitstagen fast gleich hoch wie im Oktober. Zusammen, mit der Einfuhr standen der österreichischen Wirtschaft 779.000 t Kohle (Steinkohlenbasis) zur Verfügung, das sind nur um 3·8% weniger als im Oktober, aber bedeutend mehr als in allen Monaten vorher. Die Belieferung der einzelnen Verbrauchergruppen konnte daher auf dem hohen Oktoberniveau gehalten werden.

Im November wurden 412 Mill. kWh elektrischer Strom erzeugt und 396 Mill. kWh verbraucht. Wegen der höheren Stromimporte aus Jugoslawien stieg die Gesamteinfuhr auf 11 Mill. kWh, der Export ging auf 18 Mill. kWh zurück. Die reichlichen Niederschläge entlasteten die Dampfkraftwerke. Im Oktober mußten 180 Mill. kWh kalorisch erzeugt werden, im November hingegen nur 110 Mill. kWh. Da außerdem die Kohlenanlieferungen höher als vorgesehen waren, erhöhten sich die Kohlenvorräte bis 30. November um 25.000 t auf 235.800 t (Steinkohlenbasis).

Dank der Fertigstellung des neuen 100 MVA-Transformators im Umspannwerk Bisamberg wird seit dem 24. November die Leitung Ernsthofen-Bisamberg, die bisher nur mit 110 kV betrieben wurde, mit einer Spannung von 220 kV verwendet.

## Industrieproduktion

Dazu statistische Übersichten S. 641–646

Die Industrieproduktion ist im Oktober — wie erwartet — weiter gestiegen. Der Produktionsindex erreichte 180·3% von 1937 und blieb damit nur um 0·4% unter dem bisherigen Höchststand vom Juni 1951. Einige Industriezweige, vor allem im Investitionsgüterbereich, haben ihre bisherigen Höchst-

leistungen überboten und die saisonbedingten Rückschläge in anderen Branchen überkompensiert. Auch im November dürfte — nach bisherigen Teilergebnissen — das Produktionsniveau von Oktober annähernd gehalten worden sein.

Die *Bergbauproduktion*, die im Oktober mit 174% von 1937 einen neuen Höchststand erreicht hatte, ging im November geringfügig auf 171% zurück, war aber noch immer um 10% höher als im gleichen Vorjahrsmonat. Auch der Index der Magnesitindustrie ist im November — saisonbedingt — um 3·6% zurückgegangen. Das laufende Investitionsprogramm der Magnesitindustrie hat seit Mitte des Jahres beträchtliche Produktionserfolge gebracht. Durch Rationalisierungen und Kapazitätserweiterungen konnte die Erzeugung im Durchschnitt der Monate Juli bis November gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 31·5% erhöht werden.

In der *eisenschaffenden Industrie* hält die Konjunktur auf dem In- und Auslandsmarkt unvermindert an. Obwohl die Werke mit voller Kapazität arbeiten, sind die Aufträge, vor allem auf Kommerzeisen, auf eine bisher noch nie erreichte Höhe gestiegen. Innerhalb eines Jahres — von Ende Oktober 1950 bis Ende Oktober 1951 — hat der Stand an Aufträgen von Inlandskunden um 66% auf 312.000 t zugenommen, obwohl die Lieferungen laufend erhöht und die Exporte, soweit sie knappe Sorten betreffen, praktisch eingestellt wurden. Gegenwärtig werden von Kommerzeisen praktisch nur Grobbleche und Walzdraht exportiert. Im Durchschnitt aller Sorten entspricht der gegenwärtige Auftragsbestand einer Lieferfrist von mehr als einem Jahr.

Im November konnte die Erzeugung auf dem hohen Vormonatsniveau gehalten werden. Nur die Stahlerzeugung ging geringfügig zurück, weil 1 SM-Ofen bei den VÖEST repariert werden mußte. Der auf einen 30-Tage-Monat abgestellte Index stieg von 189·5% auf 192·6% von 1937.

Der Index der *Metallhütten* ist im Oktober um 41·8% gesunken, weil die Aluminiumerzeugung wegen Kürzung der Stromlieferungen um 56% eingeschränkt werden mußte. Die Blei- und Kupferproduktion ist gleichzeitig gestiegen. Die Versorgung der Verbraucher mit Aluminium dürfte keine besonderen Schwierigkeiten bereiten, weil der Inlandsbedarf, gemessen an der Erzeugung, nur gering ist.

Die *Gießereiindustrie* erreichte im Oktober mit 269·8% von 1937 einen neuen Höchststand. Besonders die Graugußerzeugung ist trotz schwieriger Materialbeschaffung stark gestiegen.

Auch der Index der *Fahrzeugindustrie* stieg im Oktober um 8·7% auf 240·7% von 1937 und er-

reichte damit einen neuen Höchststand. Besonders stark gestiegen ist die Traktorenerzeugung, aber auch Lastkraftwagen wurden mehr als bisher erzeugt. Das Assembling von Personenkraftwagen, das gegenwärtig die Marken „Fiat“, „Skoda“ und „Gutbrod“ umfaßt, entwickelt sich günstig, kann aber die große Inlandsnachfrage, die durch die starke Drosselung der Personenkraftwagenimporte noch verstärkt wurde, nicht befriedigen, so daß bedeutende Agios üblich geworden sind, die je nach Marke und Type 50 bis 100% der Werkspreise betragen. Dementsprechend sind auch die Marktpreise für gebrauchte Wagen der Nachkriegserzeugung höher als die offiziellen Verkaufspreise entsprechender neuer Wagen. Ähnlich ist die Situation bei Motorrädern, da der Großteil der Erzeugung, die bereits das Vierfache von 1937 erreicht hat, exportiert wird. Die Nachfrage nach Lastkraftwagen, Autobussen und Traktoren wird zu offiziellen Preisen gedeckt.

Die Produktion der *Maschinenindustrie* hat mit 252,9% von 1937 ebenfalls einen neuen Höchststand erreicht, wobei die Entwicklung in den einzelnen Sparten nicht einheitlich war, weil Materialschwierigkeiten und teilweise auch Absatzprobleme die Erzeugung verschieden beeinflussten.

Auch die *Eisenwaren- und Metallwarenindustrie* ist im allgemeinen gut beschäftigt. Nur einige kleinere Branchen haben Absatzschwierigkeiten, die teilweise auf Auftragszurückhaltung wegen der Erwartung von Preissenkungen zurückzuführen sein dürften.

In der *Elektroindustrie* ist die Auftragslage unverändert günstig. Die Materialschwierigkeiten sind allerdings so groß, daß an eine Ausweitung der Erzeugung, die kapazitäts- und auftragsmäßig möglich wäre, nicht gedacht werden kann. Die Kupferversorgung konnte durch Importe und weitestgehende Umstellung auf Aluminium für kurze Zeit gebessert werden, ist aber auf längere Sicht noch ungesichert. Walzware ist schwer zu erhalten und Trafobleche für Großtransformatoren fehlen überhaupt.

Die *Baustoffindustrie* hat ihre Produktion im Oktober noch unverändert halten können. Die Ziegelwerke haben die Rohproduktion eingestellt, sind aber noch mit dem Brennen der vorhandenen Rohlinge beschäftigt. Die Absatzlage ist trotz Abklingen der Bausaison sehr günstig, so daß die Werke keine Vorräte für das Frühjahr anlegen können. Auch in der *Zementindustrie* kann die anhaltend hohe Nachfrage nur mit Mühe gedeckt werden. Wegen der Schwierigkeiten beim Kohlenbezug wurde in einem Werk ein großer Drehofen mit Erfolg auf Ölfeuerung umgebaut.

Der Index der *chemischen Industrie* ist im Oktober geringfügig (um 1,9%) gestiegen, ohne allerdings den hohen Stand der Sommermonate zu erreichen. Die Erzeugung von Kalkammonsalpeter und Kautschukwaren erreichte neue Höchststände, während die Produktion von Seife und Waschmitteln wegen der seit Jahresmitte anhaltenden Absatzkrise weiter zurückgegangen ist und nur mehr die Hälfte der Aprilproduktion betrug. Auch in der *Zündholzindustrie* konnten die Absatzschwierigkeiten im Export — der Inlandsmarkt kann nur ein Viertel der möglichen Erzeugung aufnehmen — noch nicht überwunden werden. Die *Karbidherstellung* ist saisonbedingt — durch den Rückgang der Stromerzeugung — um 30% gesunken. In den übrigen Sparten der chemischen Industrie hat sich nichts Wesentliches geändert.

Die Investitionen der *Papierindustrie* sind in vollem Gang. Bisher sind allerdings nur wenige Neuanlagen fertig geworden, so daß die Produktion noch nicht sehr viel zugenommen hat. Aber schon im Jahre 1952 sollen Großinvestitionen, die eine beträchtliche Erzeugungssteigerung ermöglichen, abgeschlossen werden. Es besteht auch die Absicht, solange es die Konjunkturlage erlaubt, die alten Anlagen in Betrieb zu lassen. Das Schwergewicht des Programms liegt nicht nur auf der Modernisierung des veralteten Maschinenparks und damit gleichzeitig auf einer Kapazitätserhöhung; auch Wärmetechnik und Holzverbrauch sollen rationalisiert werden. Neue Verfahren werden den Holzverbrauch senken und bisher unverwertbaren Abfall verarbeiten.

Der Produktionsindex der *Papierindustrie* erreichte im Oktober mit 111,9% von 1937 einen neuen Höchststand. Auch die Holzvorräte der Werke haben zugenommen und entsprechen einem Halbjahresbedarf. Die papierverarbeitende Industrie meldet einen saisonmäßig günstigen Eingang von Aufträgen, die zum Teil aus Materialmangel nicht voll erfüllt werden konnten.

~~Trotz Absatzstockung erreichte die Schuhproduktion~~ im Oktober mit 534.000 Paar Lederschuh den höchsten Stand seit Kriegsende. Da auch die Ledererzeugung gestiegen ist, hat der Produktionsindex um 9,9% zugenommen. Die lederverarbeitende Industrie war saisonmäßig gut beschäftigt, beurteilt aber die Absatzlage ungünstiger als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Der Produktionsindex der *Textilindustrie* ist im Oktober weiter um 6,9% auf den neuen Höchststand von 128,2% von 1937 gestiegen, wobei in allen wichtigen Sparten mehr als bisher erzeugt wurde. Die Verwendung von Zellwolle hat in den letzten Mona-

ten weiter zugenommen. Im Oktober 1951 waren 40% der Baumwoll- und 15% der Wollgewebe aus Zellwolle, gegenüber 18% und 5% im Durchschnitt des Jahres 1949.

Die Inlandslieferungen der Textilindustrie waren im III. Quartal 1951 durchwegs niedriger als in den ersten beiden Quartalen, aber mit Ausnahme von Wollwebwaren höher als im III. Quartal des Jahres 1950.

#### Inlandsabsatz der Textilindustrie

	1950		1951	
	III. Quartal	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal
Baumwollwebwaren ... 1.000 m	18.580	25.044	28.431	23.334
Wollwebwaren ..... 1.000 m	2.780	3.436	2.790	2.495
Wollstüchlgarn ..... 1.000 kg	67	69	113	62
Seidenwebwaren ..... 1.000 m	1.535	2.157	2.326	2.021
Bastfaserwebwaren .... 1.000 m	1.955	2.554	2.333	2.633
Seilerwaren ..... 1.000 kg	219			98
Strümpfe ..... 1.000 Duzd.	283	387	414	361
Wäschestücke ..... 1.000 Stk.	1.708	2.173	2.324	2.570
Pullover und Westen, . 1.000 Stk.	131	137	157	175
Kleider und Ober- bekleidung ..... 1.000 Stk.	36	61	48	58

Die *holzverarbeitende* Industrie ist vorläufig noch gut beschäftigt. Einige Sparten, vor allem die Möbelindustrie, melden aber bereits einen starken Rückgang der Auftragsbestände wegen Auftragsstorni.

Der Index der *Nahrungs- und Genußmittel*-industrie ist im Oktober trotz saisonmäßigem Rückgang der Bierproduktion um 25,6% gestiegen, weil die Kampagne der Zuckerindustrie begonnen hat.

#### Umsätze

Dazu statistische Übersichten S. 647

Die Geschäfte im Einzelhandel gingen im *November* schwach: die Umsätze sanken übersaisonmäßig (um 9%) und erreichten mengenmäßig im Durchschnitt nur knapp den Vorjahresstand. Das Nachlassen der Kauflust seit September dürfte, ebenso wie in anderen Ländern, teilweise eine Reaktion auf die Nachfragehaushalt nach Ausbruch des Koreakonfliktes sein, die in Österreich vom 5. Preis-Lohn-Abkommen etwas verzögert wurde. Außerdem hat vermutlich die warme Witterung und die Preissenkungsaktion die Zurückhaltung der Käufer verstärkt. Da der Einzelhandel seine Lager infolge der guten Umsätze im Frühjahr und Sommer und wegen der steigenden Preistendenz meist rascher und stärker vergrößerte, als der voraussichtlichen Nachfrageentwicklung entsprochen hätte, und Lagerkredite nur sehr schwer erhältlich sind, zeichnen sich vielfach Liquiditätsschwierigkeiten ab.

Die bisher verfügbaren Umsatzmeldungen für *Dezember* sind sehr uneinheitlich; Berichten über eine lebhaftere Nachfrage stehen Meldungen über einen

relativ schwachen Geschäftsgang gegenüber. Im ganzen gesehen, dürften die Mengenumsätze des außerordentlich guten Weihnachtsgeschäftes 1950 nicht erreicht worden sein.

Der Rückgang der Einzelhandelsumsätze im *November* war im Gegensatz zu den Vormonaten am stärksten in der *Textilbranche*. Die Wertumsätze nahmen um 29% ab (mengenmäßig infolge der Preissenkung um 25%) gegenüber 15 bis 20% saisonüblich; das Umsatzvolumen von *November 1950* wurde nicht erreicht. Das *Schuhgeschäft*, das bis *Oktober* allgemein sehr gut war, ließ im *November* mehr als normal nach (-15% gegenüber -1%); die Mengenumsätze vom *November 1950* wurden dennoch beachtlich (um etwa 20%) überschritten.

Die Käufe von *Möbeln* und *Wohnbedarf* nahmen zwar nicht über *Erwarten* ab (wertmäßig -19%, mengenmäßig -15% gegenüber -16% saisonüblich), erreichten aber dennoch nur knapp das Volumen des Vorjahres. Obwohl sich einzelne Waren saisonbedingt etwas verteuerten (die Preissenkung bei *Brot, Gebäck* und *Teigwaren* fällt kaum ins Gewicht), wurde im *Lebensmittelhandel* um 3% weniger Erlöst als im *Oktober* (im Vorjahr +3%).

Nur die Umsätze einiger unter „*Sonstiges*“ zusammengefaßter minderwertiger Waren sind etwas gestiegen. Bei ihnen hatte schon das *Weihnachtsgeschäft* eingesetzt: in den entsprechenden Abteilungen der Warenhäuser betrug die Zunahme 34%, im *Leder- und Papierwarenhandel* 7%. Die Umsätze von *November 1950* wurden mengenmäßig meist nicht erreicht. An *Tabakwaren* wurden um 3% mehr umgesetzt als im Vormonat und um 15% mehr als im *November 1950*.

Die Einnahmen an *Umsatzsteuer* (einschließlich Bundeszuschlag 428 Mill. S) stiegen im *November* um 13% und waren mehr als doppelt so hoch wie im *November 1950*. Berücksichtigt man die Erhöhung der Umsatzsteuersätze ab *August* (durchschnittlich um 40 bis 50%), so entspricht das Ergebnis weitgehend der *Entwicklung der Einzelhandelsumsätze im Oktober<sup>1)</sup>*.

An *Verbrauchssteuern* gingen im *November* 144 Mill. S ein, um 11% mehr als im Vormonat und um 14% mehr als im *November 1950*. Gestiegen sind vor allem die Einnahmen aus der *Zuckersteuer* (saisonbedingt um 27%) und *Salzsteuer* (+42%). Dagegen ging an *Tabaksteuer* (-2%), *Weinsteuer* (-21%), *Biersteuer* (-28%) weniger ein als im Vormonat.

<sup>1)</sup> Der Gesamtindex der Einzelhandelsumsätze nahm im *Oktober* um 23% zu und war um 61% höher als im *Oktober 1950*.

## Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten S. 648—652

Die Zahl der *Beschäftigten* erreichte auch heuer im Oktober den saisonmäßigen Höhepunkt. Im November ging sie bereits um 19.400 (im Vorjahr um 23.000) auf 2.031.700 zurück. Sie war damit etwas niedriger als im Juli dieses Jahres, aber noch um 51.000 höher als im November 1950. Der Rückgang betrug in der Landwirtschaft 8.000 und in der übrigen Wirtschaft 11.400. Da der jahreszeitliche Umschwung auf dem Arbeitsmarkt der gewerblichen Wirtschaft hauptsächlich vom Rückgang der Bau-tätigkeit verursacht wird, sank die Beschäftigung von Frauen weniger stark als die von Männern. Ende November waren um 5.000 (0,8%) weniger Frauen und um 14.400 (1,1%) weniger Männer beschäftigt als Ende Oktober. Außer den Bergarbeitern blieben die Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft<sup>1)</sup> vom Beschäftigungsrückgang unberührt; ihre Zahl stieg im November um 4.400 und hat mit 356.600 ihren bisher höchsten Stand erreicht.

Dem Rückgang der Beschäftigtenzahl um 19.400 im November steht eine Zunahme der Arbeitslosigkeit um 21.000 (im Vorjahr 28.600) gegenüber, die sich ausschließlich auf Arbeiter und hier wieder vor allem auf Bau- (+ 6.100) und Hilfsarbeiter (+ 6.400) konzentrierte. Doch auch alle anderen Arbeitergruppen weisen eine erhöhte Arbeitslosigkeit auf. Die Entlassungen im Baugewerbe ließen das Übergewicht der arbeitsuchenden Frauen, das sich während der sommerlichen Hochkonjunktur eingestellt hatte, wieder verschwinden. Von den 93.100 Ende November bei den Arbeitsämtern registrierten Stellensuchenden waren 47.500 Männer und 45.600 Frauen.

Im Vergleich zum gleichen Monat des Vorjahres waren Ende November 1951 dank einer verhältnismäßig günstigen Arbeitslage um 26.800 Personen oder 22,3% weniger arbeitslos. In Wien ist hingegen die Arbeitslosigkeit im gleichen Zeitraum nur um 8,3% gesunken. Die seit Kriegsende steigende Tendenz des Wiener Anteils an der Gesamtarbeitslosigkeit hält somit weiter an. Im Jahre 1951 wurde mit 41% nahezu der Anteil von 1929 erreicht, obwohl damals die Bevölkerung Wiens 27,6% der Gesamtbevölkerung ausmachte, heute aber nur noch 25,4%. Die Zuwanderung arbeitsuchender Personen nach Wien kann diese Entwicklung nur teilweise erklären. Ihr Hauptgrund liegt offenbar in der Konzentration der Investitionen auf Energiewirtschaft und Schwer-

industrie, die samt ihrem sekundären Beschäftigungseffekt vor allem den Bundesländern zugute kommen,

### Prozentanteil Wiens an der Gesamtarbeitslosigkeit

Jahr	1929	1937	1946	1947	1948	1949	1950	1951 <sup>1)</sup>
Prozent	42'6	51'1	26'0	31'4	34'7	34'9	37'4	41'1

<sup>1)</sup> Jänner—November.

Trotz milder Witterung und Weihnachtsgeschäft beschleunigte sich die Zunahme der Arbeitslosigkeit im Dezember zusehends. Die Zahl der verfügbaren Arbeitslosen stieg um 59.300 (64.400 im Vorjahr). Allerdings war der Stand von 151.000 Arbeitslosen vom 31. Dezember 1951 im Vorjahre schon nach Dezembermitte erreicht worden. Auch das heurige Winterbauprogramm kann offenbar nur den Beginn der Winterarbeitslosigkeit hinauszögern oder sie vorzeitig abflauen lassen; es vermag aber nicht die Saisonspitze selbst zu verhindern. Dazu hätte es viel weitergehender technischer Vorbereitungen, einer größeren Kooperationswilligkeit der privaten Bauherren und einer besseren Koordination bedurft. Wie die Dinge jetzt stehen, ist es überdies noch nicht sicher, ob es so wie im Vorwinter auch diesmal gelingen wird, schon in der zweiten Jännerhälfte das Steigen der Arbeitslosigkeit zu stoppen. Bedenkt man, daß die strengere Kreditpolitik und die höheren Zinssätze für Kommerzkredite die Bauwirtschaft besonders hemmen, so darf man wohl nur dann eine rasche Überwindung der Winterarbeitslosigkeit erwarten, wenn wie im letzten Winter günstige Witterungsbedingungen die Bau-tätigkeit fördern.

Die Zahl der *offenen Stellen* sank im November ziemlich stark auf 16.900 und war damit seit März zum ersten Mal niedriger als im entsprechenden Vorjahresmonat. Bei den Metall- und Holzarbeitern gab es allerdings beträchtlich mehr offene Stellen als vor einem Jahr. Die Landarbeiter (auf die allein 5.000 von den knapp 17.000 offenen Stellen entfallen) waren die einzige Gruppe, in der die offenen Stellen die Stellensuchenden übertrafen.

## Verkehr

Dazu statistische Übersichten S. 653—655

Im *Güterverkehr* der Bundesbahnen hielt der außergewöhnlich starke Herbstverkehr auch im Monat November unvermindert an. Die Betriebsleistungen überschritten mit 640'8 Mill. Netto-Tonnenkilometern (Oktober: 591'0), 124'2 Mill. Wagenachskilometern (117'5) sowie 7.029 arbeitstäglichen Wagengestellungen (7.006) alle bisherigen Monatsleistungen der vorangegangenen Jahre. Die Wagenanforderungen konnten zu 85% gedeckt werden, die

<sup>1)</sup> In dieser Gruppe sind auch die Vertragsangestellten der öffentlichen Körperschaften statistisch erfaßt.

Wagenumlaufzeit von 4,3 Tagen läßt eine befriedigende Verladung und Entladung erkennen, obwohl es hier noch Reserven gibt, die eine höhere Deckung der Wagenanforderungen gestatten würden. Unter den beförderten Gütern herrschten die Kohlentransporte sowie die gegenüber den Vormonaten stark erhöhten Holz- und Stickstofftransporte vor. Für die Verfrachtung von rund 255.000 t Zuckerrüben (Oktober: 376.000 t) wurden 14.155 Wagen gestellt (20.919) von insgesamt 175.000 Wagen; allerdings mußten vielfach bereits im Oktober angelieferte Zuckerrüben wegen Gärung und Fäulnis von einigen Fabriken abtransportiert und Raffinerien mit sofortiger Verarbeitungsmöglichkeit zugeführt werden.

Der *Personenverkehr* erreichte mit 4,7 Mill. verkauften Karten (Oktober: 5,1 Mill.) die jahreszeitlich übliche Frequenz. In den ersten drei Monaten seit der Tarifierhöhung (1. September 1951) wurden somit 15,5 Mill. Karten verkauft gegenüber 15,2 Mill. in der entsprechenden Zeit des Jahres 1950, so daß die Tarifsteigerung die Reisefrequenz anscheinend nicht verminderte. Allerdings gestatten erst die noch ausstehenden finanziellen Ergebnisse ein endgültiges Urteil.

Von den *Tarifmaßnahmen* ist die Verlängerung der trotz äußerst angespannter finanzieller Gebarung bis 31. Dezember 1951 befristeten Ausnahmetarife bis 31. März 1952 hervorzuheben. Die Bundesbahnen scheinen damit im I. Quartal 1952 noch keine Tarifierhöhungen, wie sie im Budgetvoranschlag geplant sind, vornehmen zu wollen.

Von ausländischen Bahnen sind einige auch für Österreich wichtige Tarifierhöhungen durchgeführt worden. In Frankreich wurden ab 1. November die Gütertarife um 5,1% erhöht, so daß seit Jahresbeginn 1951 eine 22,14%ige Tarifsteigerung eingetreten ist, da bereits am 1. April (10,52%) und 1. August (5,1%) die Tarife erhöht wurden. In Deutschland (Westzone) wurden im Zusammenhang mit der am 15. Oktober durchgeführten Tarifsteigerung ab 1. Jänner 1952 neue Durchfuhrtarife wirksam, die um zirka 6 bis 30% über den bisherigen liegen und in DM erstellt sind. Die Schweizer Bundesbahnen haben ebenfalls ab 1. Jänner die Gütertarife um durchschnittlich 5% hinaufgesetzt (Personentarife folgen am 1. April), wobei aus Wettbewerbsgründen die Massengüter erheblich stärker erhöht wurden und die Ausnahmetarife zukünftig nicht bahntreuen Kunden verweigert werden können (1). England erhöhte ab 1. Jänner die Tarife um 10%. Der neuerstellte Triester Hafentarif (seit 29. Oktober 1951) hat um durchschnittlich 10% höhere Sätze, bringt jedoch gleichzeitig wesentliche Tarifvereinfachungen, die nunmehr eine genaue Kalkulation der Umschlagskosten erlauben, was bisher zum Nachteil Triests gegenüber den Nordseehäfen oft nicht möglich war.

Abgesehen von den Oststaaten, in denen durch den gemeinsamen Ost-Transittarif sogar eine Verbiligung eingetreten ist, haben damit alle Nachbar-

bahnen Österreichs Tarifierhöhungen vorgenommen. Wenn auch die Verbands- und Transittarife hiervon nicht immer sofort betroffen werden, so sind doch langfristig gesehen Auswirkungen auf die österreichischen Export- und Importkosten unausbleiblich. Sie können für den Export positiv sein, wenn die Erhöhung des ausländischen Binnengütertarifes zu einer höheren Frachtbelastung von ausländischen Wettbewerbsgütern führt; sie werden sich jedoch größtenteils negativ auswirken, da sie die Importpreise steigern und andererseits die österreichischen Exportpreise vielfach schon so knapp kalkuliert sind, daß sie von weiteren Frachtbelastungen relativ stärker betroffen werden als die konkurrierenden Auslandsgüter.

Im *Straßenverkehr* hat die am 21. November beschlossene Selbstauflösung der Österreichischen Union des internationalen Straßenverkehrs (ÖSTRA), die im Jahre 1949 gegründet wurde und Österreich in der IRU (International Road Transport Union) vertrat, den österreichischen grenzüberschreitenden Straßenverkehr schwer benachteiligt. Dies gilt insbesondere für den gewerblichen Personenverkehr, da im Rahmen der IRU der regelmäßige internationale Touristenlinienverkehr festgelegt wird und die österreichischen Interessen nun nicht mehr wahrgenommen werden können<sup>2)</sup>. So ist Österreich bei den gegenwärtig laufenden Verhandlungen zwischen IRU und UIC (Autobusbetriebe der Bahnverwaltungen), in denen die Linien für das Jahr 1952 ausgearbeitet und koordiniert werden, als einziges europäisches Land nicht vertreten.

Die österreichischen Fremdenverkehrsbelange erfordern jedoch auch regstes Interesse an der Führung der internationalen Autocarlinien und eine baldige Lösung dieser unhaltbaren Situation ist dringend erforderlich. Ebenso wird der zwischenstaatliche Güterverkehr auf der Straße durch die Liquidation der ÖSTRA benachteiligt.

Im internationalen *Flugverkehr* haben die maßgebenden Gesellschaften die Einführung von Touristenflugpreisen ab 1. Mai 1952 beschlossen, die um zirka 40% unter den normalen Flugpreisen liegen werden. Vor allem die amerikanische Europatouristik dürfte dadurch erheblich größer werden und die Dollareinnahmen in den Fremdenverkehrsländern fühlbar steigern.

#### Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr 1951

Die endgültigen Monatsergebnisse<sup>2)</sup> des *Fremdenverkehrs* ergeben für das Sommerhalbjahr 1951 12,19 Mill. Übernachtungen, 18,5% mehr als im Jahre 1950. Von der Zunahme um 1,9 Mill. entfällt eine Million auf Inländer, der Rest auf Ausländer.

<sup>1)</sup> Freie Verbände oder einzelne Gesellschaften haben zur IRU keinen Zutritt.

<sup>2)</sup> Das Halbjahresergebnis ist erst später verfügbar und liegt höher als die Summe der Monatsergebnisse. Für den Vergleich mit dem Sommerhalbjahr 1950 wurden ebenfalls die Monatsergebnisse zugrunde gelegt.

Der Anteil des Ausländerverkehrs ist von 32% auf 34% gestiegen. Gegenüber dem Jahre 1937 blieb die gesamte Frequenz um 20%, der Inländerverkehr um 25% und der Ausländerbesuch um 8% zurück<sup>1)</sup>.

*Österreichs Fremdenverkehr in den Sommerhalbjahren 1950 und 1951<sup>1)</sup>*

(1. Mai bis 31. Oktober)

	1950 in 1.000 Übernachtungen	1951	1950 = 100
Insgesamt .....	10.287	12.192	118'5
Inland .....	7.005	8.042	114'8
Ausland .....	3.282	4.150	126'4

<sup>1)</sup> Summen der monatlichen Zählungen in durchschnittlich 780 Gemeinden. Das endgültige Halbjahresergebnis erfaßt 1.650 Gemeinden, ist jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt verfügbar. Die Differenz beträgt 7 bis 10 %.

Der Anteil des Wiener Reisepublikums am Inländerverkehr ist gegenüber 1950 mit 58% nahezu unverändert geblieben. Die Zahl der Übernachtungen stieg zwar von 3'98 Mill. auf 4'65 Mill., blieb jedoch immer noch um 40% unter dem Vorkriegsstand, während der Reiseverkehr aus den übrigen Bundesländern den Stand von 1937 sogar überschritten hat. Die Ursache dieses gegen 1937 geringeren Anteiles des Wiener Reisepublikums ist vor allem eine Folge des Rückganges der Realeinkommen weiter Bevölkerungskreise, insbesondere der Angestellten, Beamten und Pensionisten.

Der Ausländerverkehr hat demgegenüber mit 4'15 Mill. Übernachtungen und einem voraussichtlichen Halbjahresergebnis von 4'4 Mill. den Vorkriegsstand nahezu erreicht, angesichts des fast völligen Ausfalles der Besuche aus den Oststaaten ein bemerkenswerter Erfolg der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft. Gegenüber der Sommersaison 1950 stieg die Frequenz um 26%. Konkurrenzfähige Preisangebote zumindest in den mittleren und unteren Betriebskategorien sowie werbende Investitionen in Hotellerie und Verkehrswesen haben zu dieser Belebung des Fremdenverkehrs beigetragen. Ohne Zweifel hätte jedoch eine finanziell besser dotierte aber auch organisierte Werbung vor allem in den angelsächsischen Ländern die Besucherzahl noch erheblich steigern können. Dies um so mehr, als gegenüber 1950 der internationale Zahlungsverkehr für die Touristik erheblich erleichtert worden war. So haben Schweden und Dänemark die Devisensperren für den Reiseverkehr aufgehoben, England verdoppelte die Kopfquote und verzichtete ebenso wie Holland und Frankreich auf Länderquoten. Entscheidend wirkten sich die Erleichterungen im deutschen Reiseverkehr aus.

<sup>1)</sup> Die Monatsergebnisse für 1951 wurden etwas erhöht, um sie mit dem Halbjahresergebnis 1937 vergleichen zu können.

Hinsichtlich der Herkunftsgebiete steht Deutschland erstmalig seit Kriegsende mit 963.427 Übernachtungen weitaus an erster Stelle und überschritt sogar den Stand von 1937. Auch unter Ausschluß des Mittelberger Gebietes (276.490 Übernachtungen) nimmt es den ersten Platz ein (bleibt allerdings um 11% hinter dem Vorkriegsstand zurück) und übersteigt dann das Sommerhalbjahr 1950 sogar um 230%. Es folgen England (14% Anteil), Italien (13%), die Schweiz (11%) und Frankreich (9%), auf die zusammen mit Deutschland 71% aller Ausländer-Übernachtungen entfielen. Gegenüber der Saison 1950 hat die Besucherzahl aus Deutschland, Frankreich, Holland und Schweden beachtlich zugenommen, aus England und Italien blieb sie unverändert, während die aus Belgien, Dänemark, der Schweiz und den USA zurückging. Der Rückgang bei dieser Ländergruppe sowie die Stagnation der englischen Besucherzahl, obwohl sie in der Schweiz von 1950 auf 1951 um 59% stieg, ist nicht ganz erklärlich. Da es sich meist um Besucher erstklassiger Hotels handelt, deren Preise schon in der Sommersaison vielfach jene der Konkurrenzländer erreichten oder überschritten, die außerdem bezüglich Ausstattung den österreichischen Betrieben überlegen sind, wäre eine Abwanderung denkbar.

*Ausländer-Fremdenverkehr nach Herkunftsgebieten im Sommerhalbjahr 1951*

	1.000 Über- nachtungen	1950 = 100	1950	Anteile	1951
Insgesamt .....	4.149'9	126'4	100'0		100'0
Deutschland .....	963'4	237'3	12'4		23'2
England .....	582'5	101'3	17'5		14'0
Italien .....	547'4	102'3	16'3		13'2
Schweiz .....	457'9	83'1	16'8		11'0
Frankreich .....	376'2	158'7	7'2		9'1
Holland .....	301'1	243'1	3'8		7'3
USA .....	203'1	92'5	6'7		4'9
Belgien/Luxemburg .....	185'9	96'7	5'9		4'5
Dänemark .....	141'7	97'1	4'4		3'4
Schweden .....	117'3	154'2	2'3		2'8
Andere .....	273'4	124'0	6'7		6'6

In der regionalen Verteilung des Ausländerverkehrs stehen Salzburg und Tirol mit 59% wieder an der Spitze. Kärnten und die Steiermark erzielten zwar eine gegenüber 1950 um 41% und 90% höhere Übernachtungszahl, ihr Anteil von 10% und 3% entspricht jedoch keineswegs den fremdenverkehrswirtschaftlichen Möglichkeiten dieser Gebiete. Die Stellung Wiens ist mit 350.180 Übernachtungen fast unverändert geblieben und die Frequenz liegt immer noch um 80% unter dem Stand von 1937 (1'7 Mill. Ausländerübernachtungen).

Im Inländer-Reiseverkehr war die Streuung größer; bevorzugt wurden Nieder- und Oberösterreich,

Steiermark sowie Salzburg, auf die 80% aller Nächtlungen fielen. Besonders günstig hat die Steiermark abgeschnitten, deren Frequenz sich gegenüber 1950 um 110% auf 1.56 Mill. Übernachtungen erhöhte und an zweiter Stelle (19.3% Anteil) steht, während es in der Vergleichssaison noch den fünften Platz (10.6%) einnahm. In den anderen Bundesländern ist die Besucherzahl nur wenig gestiegen — am stärksten in Niederösterreich mit 11% —, in Kärnten nahm sie sogar ab. Von der Zunahme des Inländer-Reiseverkehrs um eine Million Übernachtungen entfielen 81% auf die Steiermark; nahezu ausschließlich eine Folge ihrer gegenüber den anderen westlichen Bundesländern niedrigeren Preise.

### Regionale Verteilung des Fremdenverkehrs im Sommerhalbjahr 1951

	Insgesamt		Inland		Ausland	
	1.000 Üb.	%	1.000 Üb.	%	1.000 Üb.	%
Wien .....	546	4.5	196	2.4	350	8.4
Niederösterreich ..	2.075	17.0	2.045	25.4	29	0.7
Oberösterreich .....	1.729	14.2	1.447	18.0	282	6.8
Salzburg .....	2.582	21.2	1.339	16.6	1.243	30.0
Steiermark .....	1.690	13.9	1.555	19.3	135	3.3
Kärnten .....	1.265	10.4	861	10.7	404	9.7
Tirol .....	1.624	13.3	421	5.3	1.203	29.0
Vorarlberg .....	645	5.2	142	1.8	503	12.1
Burgenland .....	36	0.3	36	0.5	0	0.0
Insgesamt .....	12.192	100.0	8.042	100.0	4.150	100.0

Die höchste Frequenz meldete auch in dieser Saison Salzburg mit 2.58 Mill. Übernachtungen (21%), Nieder-, Oberösterreich, Steiermark und Tirol folgen in weitem Abstand.

Die Deviseneinnahmen aus dem Ausländerverkehr überschritten mit 475 Mill. S das Ergebnis der Sommersaison 1950 um 46%. Die Tagesausgaben je Fremden betragen demnach 114.5 S.

### Außenhandel

Dazu statistische Übersichten S. 656—658

Im November stieg die *Einfuhr* um 46 Mill. S auf 1.265 Mill. S und war damit nur um 2 Mill. S geringer als der bisherige Höchstwert vom Juli 1951. Die kommerzielle Einfuhr allein war mit 1.035 Mill. S um 20 Mill. S größer als im Vormonat und erreichte damit einen neuen wertmäßigen Höhepunkt, blieb allerdings volumenmäßig mit 91% von 1937 hinter dem Vormonat etwas zurück.

Die Zunahme der kommerziellen Einfuhr betraf vor allem Halb- und Fertigwaren (Gruppen: Halb- und Fertigwaren, Maschinen und Verkehrsmittel, Sonstige Fertigwaren lt. UN-Code). Sie erreichten im November mit einem Einfuhrwert von 382.4 Mill. S gegen 356.6 Mill. S im Vormonat und 273.8 Mill. S im Durchschnitt der ersten zehn Monate einen Höchststand. Besonders hoch war die Einfuhr von

Bergbau- und Industriemaschinen, Traktoren — vorwiegend aus Großbritannien —, Metallwaren und Metallen (Eisen und Stahl, Kupfer, Blei und Zink); aus ERP-Mitteln wurden Kupfer, Nickel und Zink importiert. Die ERP-Einfuhr amerikanischer Kohle erreichte mit 106.5 Mill. S (46% der gesamten ERP-Einfuhren im November im Betrage von 230 Mill. S) einen neuen Höhepunkt; die kommerziellen Kohlenimporte lagen mit 167.1 Mill. S um 16 Mill. S über dem Durchschnitt der vorangegangenen zehn Monate, blieben aber hinter den hohen Importen im August und September zurück. Von den gesamten Kohleneinfuhren von 273.6 Mill. S im November stammten daher 39% aus ERP-Lieferungen; mengenmäßig war der Anteil der amerikanischen Kohle (infolge ihres höheren Preises) nur 31% (184.457 t bei einer Gesamtlieferung von 602.518 t)<sup>1)</sup>.

Die *Ausfuhr* stieg im November um 20.9 Mill. S auf 846.1 Mill. S. Der saisonbereinigte Index ging allerdings um über ein Prozent zurück. Das Ausfuhrvolumen lag mit 102% von 1937 wieder etwas über dem Vormonat (99%), blieb aber weiterhin hinter dem Durchschnitt der ersten drei Quartale (111) zurück.

Die Struktur der Ausfuhr hat sich gegenüber den Vormonaten kaum verändert. Die Ausfuhr von Eisen und Stahl, Metallwaren, Maschinen und elektrotechnischen Apparaten ist weiter hoch. Die Ausfuhr chemischer Erzeugnisse und insbesondere von Stickstoffdünger hat sich nach einem Tiefstand in den letzten drei Monaten wieder leicht erholt.

Sehr stark stiegen die Exporte nach Frankreich. Mit 61.6 Mill. S lagen sie um ein Drittel über dem bisherigen Höchststand (Juli 1951). Vor allem wurden Maschinen, Kunstdünger, Metallwaren, Papierzeug und Holz geliefert. Neue Höhepunkte erreichte auch die Ausfuhr nach Jugoslawien (wo die Auslieferung des Zehnmillionendollarkredites im Gange ist), Polen und Schweden. Die Ausfuhr nach Ungarn belebte sich infolge der Bereinigung der Clearingschuld wieder und stieg von 8.8 Mill. S im Oktober auf 18.4 Mill. S im November. Dagegen sank die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten von 50.3 Mill. S im Oktober auf 34.6 Mill. S im November und war die niedrigste seit Dezember 1950. Die Eisen- und Stahlexporte haben sich nämlich von 22.4 Mill. S im Oktober auf 7.4 Mill. S im November vermindert und der Zellwolleexport, der im Oktober noch 7.9 Mill. S erzielte, hat ganz aufgehört.

Das Außenhandelsverfahren wurde zur Jahreswende verschiedentlich geändert. Zwei Erlässe des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau vom 30. Novem-

<sup>1)</sup> Laut Außenhandelsstatistik.

ber vereinfachten das Außenhandelsverfahren etwas. Der eine erweiterte die Kompetenz der Landeshauptleute. Sie können nun genehmigen:

a) Exporte bis zu einem Wert von 125.000 S im Rahmen von Warenaustausch- und Zahlungsabkommen sowie nach Nichtvertragsstaaten bei Bezahlung gegen frei transferierbare Devisen;

b) Exporte ausfuhrbegünstigter Waren ohne Wertgrenze, falls sie nach OEEC-Ländern gehen oder in außereuropäische Länder, mit denen kein Zahlungsabkommen besteht und die in Dollars, Schweizer Franken oder Pfunden (soweit sie auf Austrian Account übertragbar sind) zahlen. (Von dieser Regelung sind die besonders knappen Waren, wie Eisen- und Metallwaren, Häute und Leder, Textilien, Rotopapier und Pappe, Vieh und Lebensmittel, Holz [mit gewissen Ausnahmen], ausgenommen.)

c) Unter gewissen Bedingungen Importe von Ersatzteilen und Bestandteilen bis zu einem Wert von 100.000 S und Kompensationsgeschäfte, soweit diese (auf der Ausfuhrseite) Freiwaren und ausfuhrbegünstigte Waren betreffen.

Der andere Erlaß ermächtigt die ZAE (Zentralstelle für Aus- und Einfuhr), der Ausfuhr einer Reihe begünstigter Waren ohne Vorlage an den Arbeitsausschuß, Aus- und Einfuhr und in der Regel ohne weitere Prüfung zuzustimmen, wenn diese Waren nach OEEC-Ländern gehen

oder an außereuropäische Länder gegen Dollars, Schweizer Franken, Austrian Account Pfunde oder (falls mit dem Land ein Verrechnungsabkommen besteht) gegen Verrechnungsdollar geliefert werden. (Die Regelung betrifft daher nahezu alle Staaten mit Ausnahme Osteuropas.) Die Waren, für die dieses erleichterte Verfahren gilt, umfassen unter anderem einige Fabrikate der Textil- und Konfektionsbranche, verschiedene Kautschukwaren, Schuhe, Lederwaren, gewisse Papier- und Holzwaren, einige Metallwaren, zahlreiche Maschinen, elektrische Apparate und Motoren und einige chemische Produkte.

Dagegen kann der Beschluß des Wirtschaftsdirektoriums vom 3. Dezember unter Umständen den Anreiz zum Export verringern. Auf Grund von Beschwerden, die von der Europäischen Zahlungsunion ausgingen und auf die unbefriedigende Devisenbilanz Österreichs hinwiesen, wurde beschlossen, vom 1. Jänner 1952 ab die Belassungsquoten aufzulassen. Die Exporteure haben nun ihre gesamten Exporterlöse mit der Nationalbank zu verrechnen. Noch bestehende Eigendevisenbestände können bis 29. Februar 1952 auf die bisherige Art verwendet werden. Später sind sie an die Nationalbank zu übertragen. An die Stelle der Belassungsquoten treten Devisenverwendungsgenehmigungen (mit einer Geltungsdauer von 10 Wochen), die von der Nationalbank ausgegeben werden und der Sicherung wichtiger Importe dienen sollen.